

Dringlicher Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung

Solidarität mit den Protestierenden im Iran – Sicherheit für Deutsch-Iraner*innen und iranische Staatsangehörige in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Die Innenverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden eine aktuelle Lagebewertung zur Sicherheitslage von Deutsch-Iraner*innen und iranischen Staatsangehörigen – wie Aktivist*innen, Journalist*innen, Künstler*innen, regimekritische Stimmen und Exil-Iraner*innen – in Berlin vorzunehmen und geeignete Schutz- und Präventionsmaßnahmen zu ergreifen.
2. Dazu sollen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene, insbesondere zu aufenthaltsrechtlichen Fragen, Sicherheit und psychosozialer Unterstützung, ausgebaut und niedrigschwellig zugänglich gemacht werden.
3. Senat und Sicherheitsbehörden müssen sicherstellen, dass die iranische Botschaft in Dahlem nicht für Spionage und Repression gegenüber der Berliner Zivilgesellschaft und insbesondere der hier lebenden Iraner*innen und Deutschen mit (familiärer) iranischer Migrationsgeschichte genutzt wird.
4. Der Senat muss sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Revolutionsgarde (IRGC) auf die EU-Terrorliste kommt.
5. Ebenso soll sich der Senat im Bundesrat für einen bundesweiten Stopp von Abschiebungen in den Iran einsetzen.
6. Darüber hinaus muss sich der Senat kurzfristig bei Bundesbehörden des Inneren dafür einsetzen, dass laufende Besuchs- und Schengen-Visa von iranischen Staatsangehörigen, die sich derzeit touristisch rechtmäßig in Berlin aufhalten, unbürokratisch über eine Einzelfallprüfung verlängert werden können,

sofern eine Rückkehr in den Iran aufgrund der aktuellen politischen Lage ungeklärt ist.

7. Das Landesamt für Einwanderung (LEA) muss, bei entsprechenden Anträgen bestehende Ermessensspielräume konsequent ausschöpfen, humanitäre Gesichtspunkte vorrangig berücksichtigen und transparente Informationen zu Verfahren und Voraussetzungen bereitstellen.
8. Das LEA muss auch sicherzustellen, dass während der Prüfung von Anträgen auf Verlängerung touristischer Schengen-Visa keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gegen die betroffenen Personen eingeleitet werden.
9. Berlin muss gezielt Menschen, die durch das iranische Regime verletzt und gefoltert wurden, zum Zwecke der medizinischen und psychosozialen Versorgung aufnehmen und die hierfür erforderlichen Kapazitäten im Gesundheits- und Versorgungsbereich bereitstellen, insbesondere für die vielfachen Schuss- und Augenverletzungen der Protestierenden vor Ort.
10. Die finanzielle Förderung für Nichtregierungsorganisationen, die zu Iran arbeiten, sowie die Förderung der demokratischen iranisch-oppositionellen Zivilgesellschaft in Berlin, ist auszubauen, wie z. B. das Patenschaftsprogramm von Hawar.Help.

Begründung

Die aktuelle Lage im Iran ist geprägt von massiver politischer Repression, willkürlichen Verhaftungen, Gewalt gegen die Zivilbevölkerung sowie umfassenden Einschränkungen von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Hinzu kommt der komplette Blackout der Telekommunikation. Gleichzeitig halten sich derzeit viele iranische Staatsangehörige aus touristischen Gründen mit befristeten Visa in Berlin auf. Für einen Teil dieser Personen ist eine Rückkehr in den Iran mit erheblichen Risiken verbunden oder faktisch nicht zumutbar.

Berlin trägt als weltoffene Metropole und als politischer Ort eine besondere Verantwortung, humanitäre Spielräume konsequent zu nutzen und Schutz dort zu gewähren, wo Gefährdungslagen bestehen. Zugleich haben die Entwicklungen im Iran Auswirkungen auf die Sicherheitslage von Deutsch-Iraner*innen und Exil-Communitys in Berlin, etwa durch Bedrohungen, Einschüchterungsversuche oder transnationale Repression.

Die Sicherheit iranischer Staatsangehöriger und deutsch-iranischer Doppelstaatler*innen in Berlin und ihr Schutz vor gezielten Bedrohungen durch staatliche und staatsnahe Akteure der Islamischen Republik Iran, sollen deshalb gestärkt werden.

Es ist bekannt, dass das iranische Regime systematisch Auslandsüberwachung, Spionage, Einschüchterung und Repression gegen Exil-Communitys einsetzt. Betroffen sind insbesondere regimekritische Personen, Journalist*innen, Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen sowie Menschen mit familiären Bindungen in den Iran. Diese Formen transnationaler Repression finden auch in europäischen Staaten statt und stellen eine reale sicherheitspolitische Herausforderung dar.

Eine klare neue Einschätzung der Sicherheitsbewertung für diese Menschen schafft die notwendige Stabilität dafür, dass Gefährdungslagen erkannt, bewertet und an die zuständigen Sicherheitsbehörden weitergegeben werden können. Dies stärkt die Abwehrarbeit gegen Spionage, Einschüchterung und illegale Einflussnahme und liegt im unmittelbaren Interesse der inneren Sicherheit Berlins.

Der Antrag setzt damit ein klares Signal: Berlin toleriert keine transnationale Repression gegen seine Bevölkerung und schützt Menschen, die hier rechtmäßig leben oder sich aufhalten, vor gezielten Bedrohungen durch ausländische Nachrichtendienste oder staatsnahe Akteure – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Berlin, den 13. Januar 2026

Jarasch Graf Ahmadi Mirzaie Haghaniour Omar
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen